

Die Teilnehmer Landräte-Konferenz Murrhardt.

(Zusammenstellung Chr. Schweizer, Murrhardt)

Die Teilnehmerliste zur Murrhardter Landrätekonferenz am 20. Juni 1945 gleicht bei genauerer Betrachtung einem „Who is Who“ der württembergischen Innen- und Ministerialverwaltung der Weimarer Zeit. Ein unvermutetes Netzwerk, das sich erst auf den zweiten Blick offenbart. Zwei Gruppen zeichnen sich ab, zum einen Opfer und Verfolgte des NS-Regimes, aber auch Mitläufer oder gar kurzzeitige Unterstützer der Nazi-Herrschaft, ergänzt durch zwei „etwas illustre“ Vertreter alter Adelsfamilien. Zumeist waren es jedoch handverlesene Personen, die ehemals strategische Positionen im württembergischen Beamtenapparat der Ministerien, aufgrund ihrer hervorragenden Fachqualifikationen begleitet hatten und gleichsam alle während der NS-Zeit mehr oder weniger mit dem System in Konflikt geraten waren. Manche „überwinterten“ in der Württembergischen Gebäudebrandversicherungsanstalt, die sich in den Jahren der Nazi-Herrschaft weitgehend deren Kontrolle entziehen konnte. Weiterhin ist zu bedenken, dass Murrhardt als Auslagerungsort des württ. Innen- und Finanzministeriums, sowie weiterer Behörden, zwischen 1943 und 1945 ein besonderer Dreh- und Angelpunkt gewissermaßen das schlagende Herz der Landesverwaltung war. Die Teilnehmer waren also entgegen der landläufigen „Überlieferung“, als Männer der Ersten Stunde, weder blutige Anfänger, einfache Bürgermeister oder unbelastete Landräte, sondern eher so etwas wie ein inoffizielles Geheimkabinett, ein gelungener Startversuch der US-Amerikanischen Militärregierung mit dem großen Erfolg, das Vertrauen in eine neue Demokratie zu implementieren.



Bekanntester Teilnehmer war **Dr. Reinhold Maier (1889-1971)**, der in seinen Erinnerungen als **Mitarbeiter des damaligen Landrats von Schwäbisch Gmünd** über die Murrhardter „Landräte-Konferenz“ berichtet und sicher so etwas wie der Netzwerker, oder gar informelle Geist dieses Treffens war.

Die Vita dieses demokratischen Urgesteins geht über den Rahmen des hier Darstellbaren weit hinaus, deshalb sollen nur einige Stationen seines politischen

Schaffens genannt werden. Nach dem Besuch der Lateinschule in Schorndorf wechselte Reinhold Maier auf das Dillmann-Gymnasium in Stuttgart und machte dort 1907 sein Abitur. Anschließend studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Grenoble und an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Dort war er Mitglied der dem süddeutschen Liberalismus nahestehenden Tübinger Studentenverbindung „Akademische Gesellschaft Stuttgardia“. Hier traf er spätere politische Weggefährten wie Eberhard Wildermuth, Karl Georg Pfeleiderer, Konrad Wittwer und Wolfgang Haußmann. Das Referendariat absolvierte er in Ravensburg, anschließend wurde er in Heidelberg zum Doktor der Rechte promoviert. Als Reserveoffizier im 1. Weltkrieg vernetzte er sich auch im Bereich der Militärs bzw. jüngerer und älterer Kameraden, wie dem späteren Ministerkollegen Christian Mergenthaler oder dem in Murrhardt lebenden Bankpräsidenten Rudolf Hartmann (Württembergische Bank und Mitglied im NS-Widerstand). Schon seit 1912 in der FVP der Kaiserzeit engagiert, trat Maier 1918 der neu gegründeten linksliberalen DDP bei, die sich 1930 mit dem Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei vereinigte. 1924 wurde er Vorsitzender des Stuttgarter Kreisverbandes der DDP.

1945 beteiligte sich Maier an der Gründung der Demokratischen Volkspartei (DVP).

Maier war von 1932 bis 1933 Reichstagsabgeordneter für die Deutsche Staatspartei. Gleichzeitig gehörte er von 1932 bis 1933 dem württembergischen Landtag an und sammelte reiche demokratische Erfahrung. Von 1930 bis 1933 war Reinhold Maier Wirtschaftsminister in Württemberg, im Kabinett des Staatspräsidenten Eugen Bolz. Verheiratet war er mit seiner aus jüdischer Familie stammenden Frau. Zu Theodor Heuss verband ihn eine lange Freundschaft. Zu bemerken ist Magda Maier, seine Tochter, die immer noch in hohem Alter derzeit in Murrhardt wohnt.



Zuforderst ist hier neben dem bekannten Protagonisten Reinhold Maier, **Wilhelm Keil (1870-1968), Mitarbeiter des Landrats in Ludwigsburg**, zu nennen. Es führt hier zu weit, die beachtliche Vita des gelehrten Drechslers, Redakteurs und Politikers vollständig zu betrachten. Nach dem Besuch der Volksschule in Helsa absolvierte Keil von 1884 bis 1887 eine Drechslerlehre in Kassel. Als Geselle ging er von 1888 an auf

die Walz durch Norddeutschland, England und Belgien. Im Jahr 1887 wurde Keil Mitglied der SAP, der Vorgängerpartei der SPD. 1896 holte ihn der Landesvorstand der württembergischen Sozialdemokraten in die Redaktion der sozialdemokratischen Schwäbischen Tagwacht aus Stuttgart, deren politische Leitung ihm 1902 übertragen wurde. Keil war von 1900 bis 1918 Landtagsabgeordneter in der Zweiten Kammer der Württembergischen Landstände. 1919/20 war er Mitglied und Präsident der Verfassungsgebenden Landesversammlung des freien Volksstaates Württemberg. Anschließend gehörte er bis 1933 wieder dem Landtag an und war dort von 1919 bis 1933 Vorsitzender der SPD-Fraktion. Dem Reichstag des Kaiserreiches gehörte Keil von 1910 bis 1918 für den Wahlkreis Württemberg 2 (Cannstatt, Ludwigsburg, Marbach, Waiblingen) an. 1919/20 gehörte er der Weimarer Nationalversammlung an. Anschließend war er bis 1932 erneut Reichstagsabgeordneter. Innerhalb der Reichstagsfraktion war er vor allem für den Bereich Finanzpolitik zuständig. Gemeinsam mit Matthias Erzberger (Deutsche Zentrumspartei) bereitete er die Finanzreform nach dem Ersten Weltkrieg vor. Er setzte dabei die Schaffung einer reichseinheitlichen Einkommensteuer, einer Vermögensabgabe und der Kriegsgewinnsteuer durch. Keil war von 1921 bis 1923 Arbeits- und Ernährungsminister des freien Volksstaates Württemberg im Kabinett von Ministerpräsident Johannes von Hieber. Er war einer der profiliertesten Demokraten in der SPD, mit weitreichendem Netzwerk von Karl Liebknecht über Friedrich Ebert, bis in die regionalen und kommunalen Ebenen Württembergs. Neben dem ehem. Wirtschaftsminister im Kabinett Bolz, Reinhold Maier, sicher der bemerkenswerteste Teilnehmer der sog. „Landräte-Konferenz“.



Dr. Friedrich Wölz (1877-1962), Mitarbeiter des Landrats in Schwäbisch Gmünd, Jurist und Ministerialbeamter. Wölz war mit Clara, geb. Nägele verheiratet. Nach dem Studium wurde Wölz Rechtsanwalt in Stuttgart, nach dem 1.WK war er im württembergischen **Arbeitsministerium** unter Wilhelm Keil für Soziales, die Versorgung von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zuständig. Mit gleichem Tätigkeitsfeld führten ihn seine Wege ins **Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft** unter Reichsminister Hermann Robert Dietrich (DVP), das er allerdings unter dem NS-Minister Walther Darré verlassen mußte. Angeblich wurde er

aus gesundheitlichen Gründen der Arbeitsbelastung nicht mehr gerecht und wurde pensioniert. Als Mitglied der honorigen Akademischen Gesellschaft „Stuttgardia“ aus der bekannte Größen der württembergischen Eliten hervorgebracht wurden, so Reinhold Maier, war Wölz auch in Berlin bestens vernetzt, er war zusammen mit seinem Kommilitonen, Eberhard Wildermuth beim Aufbau der Deutschen Bau- und Bodenbank tätig, bzw. in der Siedlungsbank als Aufsichtsrat. Wölz war kein Unbekannter in den Bankenkreisen der Reichshauptstadt. In seiner Zeit agierten dort auch die mit Murrhardt verbundenen Widerstandskämpfer Fritz Elsas und Friedrich Gustav Jaeger, sowie Rudolf Hartmann als Finanzfachleute.

Dr. Friedrich Kiefer 1879-1952, Mitarbeiter im Kreis Backnang, ist eine weitere wichtige Persönlichkeit, dessen familiäre Wurzeln im Umfeld der gleichnamigen Murrhardter Familie liegen und eine Zeit lang, während der Kriegsjahre und danach auch in Murrhardt wohnte. Kiefer war Jurist und leitete ab 1925 die Rechtsabteilung im württ. **Innenministerium**. Als Mitglied der DDP (Deutsche Demokratische Partei, Mitglieder waren z.B. Theodor Heuss und Fritz Elsas) wurde er **Kanzleidirektor** des württ. **Staatspräsidenten** und NS-Widerstandskämpfers Eugen Bolz. Ein hervorragender Netzwerker, der eine Schlüsselposition innehatte. 1933 wurde aufgrund der Machtergreifung sein Wirkungskreis beschränkt und schließlich 1940 als Präsident in die Verwaltung der württembergischen Gebäudebrandversicherungsanstalt abgeschoben. Kiefer gilt als Mitverfasser und Kommentator der Deutschen Gemeindeordnung von 1935 und der Übergangsregelungen für Württemberg, als einer der Väter des Kommunalrechts. Obwohl dieses Regelwerk während des Nationalsozialismus erlassen wurde und in der Gesamtbetrachtung auf die organisatorische Einordnung der Gemeinden in den Führerstaat zielt, ist anerkannt, dass der zentrale Regelungsgehalt von spezifischem nationalsozialistischem Gedankengut frei ist. Die Deutsche Gemeindeordnung entstand maßgeblich unter der kritischen Mitarbeit von Carl Friedrich Goerdeler, der diese aber auch im Ergebnis als zu Regimefördernd ablehnte. Die Deutsche Gemeindeordnung von 1935 ist nach allgemeiner Forschungsmeinung als Festschreibung und Fortentwicklung des bis dahin in Gesetzgebung und Rechtsprechung erarbeiteten kommunalwirtschaftsrechtlichen Rahmens zu sehen. Dementsprechend waren gemäß Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 maßgebliche Bestandteile der DGO von 1935 als Landesrecht in verschiedenen Bundesländern teilweise bis Ende der 1990er Jahre fortgeltend. Insbesondere die Regelungen des Gemeindegewirtschaftsrechts bilden noch heute die inhaltliche Grundlage für die Gemeindeordnungen der einzelnen Bundesländer.

Kiefers Tätigkeit als Präsident der Gebäudebrandversicherung galt als Amt mit hoher Verantwortung während und nach dem 2. Weltkrieg, insbesondere im Blick auf die Kriegsschäden und deren Regulierung. Kiefer gehörte zum engeren Vertrautenkreis des ehem. württ. Wirtschaftsministers Reinhold Maier. Wichtig ist dabei die Struktur der Gebäudebrandversicherungsanstalt, nennenswerte Anteile wurden vom Bosch Konzern und der Württembergischen Bank gehalten, beides Institutionen mit Persönlichkeiten im Netzwerk des NS-Widerstands in Württemberg.

Ein durchaus ambivalent zu betrachtender hoher Beamter war **Otto Wilderer (1902-1972), Mitarbeiter des Landrats in Backnang**. Wilderer kam mit der Verlagerung des Innenministeriums nach Murrhardt und spielte in den letzten Kriegstagen hier noch eine etwas geheimnisvolle Rolle beim Untertauchen einiger NS-Größen, bzw. gingen bei ihm wichtige Personalakten „verloren“ die eine spätere Aufklärung manch brauner Karriere schlicht verhinderten. Wilderer war die rechte Hand von Kiefers NS-Nachfolgers Gustav Himmel und des NSDAP-Gauamtsleiter Stümpfig. Vor der NS-Machtergreifung stand Otto Wilderer der DNVP nahe. Als **Chef der Stuttgarter Präsidialstelle** hatte er von 1936-1945 alle Ernennungsvorschläge und Personalangelegenheiten des Innenresorts verantwortlich begleitet und war daher ein absoluter Intimus und Netzwerker, der über ein großes Wissen und damit auch eine Machtfülle verfügte. Weniger bekannt ist Wilderers Tätigkeit in den Aufsichtsräten von Banken, so der Württembergischen Bank als Stellvertreter von Ministerialdirektor Ewald Staiger aus dem Württembergischen Wirtschaftsministerium, der Reinhold Maier in dieser Funktion „beerbte“, bzw. der Murrhardter Rudolf Hartmann als Präsident agierte.

Zwei illustre Vertreter des Adels sind in der Teilnehmerliste genannt:



Max von Lütgendorff wurde wegen seiner jüdischen Frau aus dem Staatsdienst entlassen und fand bei ALFING eine neue Arbeitsstelle. Er war für die Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte zuständig und wurde nach 1945 von der US-Militärregierung als erster Landrat des Kreises Aalen eingesetzt.

Freiherr Max v. Lütgendorff-Leinburg (1889-1958), Landrat in Aalen, der nach Stationen als Landesregierungssekretär der Regierung von Niederösterreich 1921-1922, verschiedenen Privatstellungen 1922-1936 und 1936-1938 als österreichischer Honorarkonsul in Aussig seit 1939 im Dienst der württembergischen Innenverwaltung stand. Während seines Dienstes für die Republik Österreich hatte Freiherr v. Lütgendorff der autoritär-ständestaatlichen Vaterländischen Front angehört und diese

im nördlichen Sudetenland geleitet. Auf die Anstellung im württembergischen **Innenministerium** auf Probe im August 1939 folgte am 17. Oktober 1939 die Festanstellung im Rang eines Regierungsrates beim Landratsamt Aalen. Dezember 1940 wurde Freiherr v. Lütgendorff jedoch „als Mischling II. Grades“ aufgrund seiner jüdischen Ehefrau entlassen. Im gleichen Jahr stellte er einen Aufnahmeantrag in der NSDAP - möglicherweise erhoffte er sich durch die Parteimitgliedschaft einen gewissen Schutz. Trotz seiner Entlassung wurde Freiherr v. Lütgendorff zunächst weiter beschäftigt, die endgültige Entlassung erfolgte am 1. August 1941, während ebenfalls 1941 der Aufnahmeantrag in die NSDAP abgelehnt wurde. Bis zum Ende des Weltkrieges war Freiherr v. Lütgendorff als Personalsachbearbeiter bei der Maschinenfabrik Alfing in Wasseralfingen beschäftigt. Lütgendorff entstammte einem deutsch-österreichischen Adelsgeschlecht, dessen Vorfahren im Raum Würzburg zu finden sind. Zahlreiche Künstler, ein früher Luftfahrtpionier und namhafte Militärs entstammen der Familie. Bemerkenswert ist sein Großneffe Karl Lütgendorff, Verteidigungsminister der Republik Österreich während des Kalten Krieges.



Weiterhin ein Mitglied eines alten Fürstengeschlechts, Gottfried Prinz zu Hohenlohe-Langenburg (1897 - 1960), Landrat von Crailsheim, ihn haben die Amerikaner im Mai 1945 kurzzeitig als kommissarischen Landrat des Kreises Crailsheim eingesetzt. Schon nach wenigen Wochen setzten sie ihn aber ab, „vermutlich als seine politische Vorgeschichte stärker in den Blickpunkt rückte“, heißt es im Findbuch des Hohenlohe-Zentralarchivs Neuenstein. Der fürstliche Prinz meldete sich 1915 freiwillig zum Kriegsdienst, studierte 1919 zwei Semester Volkswirtschaft an der Universität Heidelberg und absolvierte anschließend eine kaufmännische Ausbildung. Ab 1935 war er in der fürstlichen Verwaltung tätig, zu der damals unter anderem Schloss Langenburg und Schloss Weikersheim gehörten. Fürst Gottfried engagierte sich dann als Chef des Hauses Hohenlohe-Langenburg sehr stark

ehrenamtlich, unter anderem bei der Württemberg-Badischen Genossenschaft des Johanniterordens, der Vereinigung des Adels in Württemberg sowie beim Automobilclub Deutschland und in der Evangelischen Kirche. Seine Mutter war Prinzessin Alexandra von Sachsen-Coburg und Gotha, Enkelin der britischen Königin Victoria. Seine Ehefrau war seit 1931, Prinzessin Margarita von Griechenland und Dänemark, die älteste Schwester von Prinz Philip Mountbatten, Prinzgemahl von Königin Elisabeth II. Gottfried von Hohenlohe-Langenburg, war damit sicher die schillerndste Persönlichkeit am Tisch der Murrhardter Sonne-Post.



Walter Arnold (1891-1973), Bürgermeister von Schorndorf und stellv. Landrat in Waiblingen. Nach der mittleren Reife 1907 und einer kaufmännischen sowie einer Schlosserlehre studierte Arnold in den Vereinigten Staaten Betriebswirtschaft. Infolge des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges konnte er das Studium jedoch nicht abschließen und auch nicht nach Deutschland zurückkehren. Inzwischen heiratete er in den Vereinigten Staaten, erst im Oktober 1919 erhielt er wieder eine Einreiseerlaubnis in seine Heimat. – Zurück in Deutschland leitete Arnold zunächst ein Zweigwerk des von seinem Vater gegründeten Möbelgeschäftes in Kempen, wo er sich zugleich in der dortigen IHK wie auch der Kommunalpolitik betätigte. Ab 1925 hatte er die Oberleitung der Werke in Schorndorf und Ernsbach inne, 1941 kehrte er nach Schorndorf zurück. Hier war er im April 1945 als Dolmetscher bei der kampflosen Übergabe der Stadt beteiligt und wurde bis Juni 1945 von den Amerikanern zugleich als Stellvertreter des Bürgermeisters eingesetzt, bis zum Oktober 1945 übte er auch die Rolle eines Stellvertreters des Landrates in Waiblingen aus. In dieser Funktion

nahm er an der Murrhardter Tagung teil und übernahm neuerlich die Rolle des Dolmetschers, in dem Augenblick, in dem die Deutschkenntnisse von Hauptmann **Bingham** als Beobachter der Besatzungsmacht nicht mehr ausreichten.



Konrad A. Wittwer (1903-1973), Mitarbeiter des Landrats in Schwäbisch Gmünd, war ebenso schon längerfristig im politischen Geschäft. Wittwer war nach NS-Diktion „jüdischer Mischling“, er hatte sich dementsprechend Repressionen ausgesetzt gesehen, letztlich konnte er nur dank der Unterstützung des Abwehrchefs der Firma Bosch, Hugo Bühler (1901-1970), überleben. Bühler arbeitete vordergründig eng mit der Gestapo zusammen, tatsächlich nutzte er seine Position, um die Widerstandstätigkeit der Männer des 20. Juli 1944 zu ermöglichen. So führte Bühler ein Postfach für Carl Goerdeler (1884-1945), besorgte für diesen Visa für Auslandsreisen und versorgte ihn mit ausländischer Presse. Auch bemühte sich Bühler zahlreiche Verfolgte im Umfeld der Firma Bosch vor Deportationen zu retten. Wittwer brachte er 1944 bei einem Auto-Zerlegebetrieb in Stuttgart-Feuerbach unter. Da dieser als kriegswichtig deklariert wurde, blieb Wittwer eine Deportation erspart. Dr. Hugo Bühler, Freund und Bundesbruder des späteren Ministerpräsidenten Reinhold Maier und seines Staatsrats Konrad Wittwer, wechselte auf Anraten des ehemaligen Stuttgarter Polizeidirektors Paul Hahn von der Württembergischen Staatspolizei zur Firma Bosch, als seine Dienststelle im "Hotel Silber" in die Gestapo eingegliedert wurde. In seiner neuen Funktion war er zunächst der Wehrmacht, später auch der Gestapo berichtspflichtig über alle betriebs- oder staatsbedrohenden Vorkommnisse in der Firma. Er genoss das Vertrauen des Bosch-Vorstandes, den er regelmäßig über die ihm zugängliche Auslandspresse informierte, und der von Paul Hahn organisierten Widerstandsgruppe. Paul Hahn wiederum pflegte Kontakte zum,

schon mehrfach erwähnten, Bankdirektor der Württembergischen Bank, Rudolf Hartmann aus Murrhardt.

In der Nachkriegszeit war Wittwer an der Seite seines Freundes Maier ebenfalls einer der Assistenten des Gmünder Landrates; nach Maiers Ernennung zum Ministerpräsident Württemberg-Badens berief dieser Wittwer zum Staatsrat in der Staatskanzlei. In dieser Funktion hielt Wittwer bis zu seiner Rückkehr in den Buchhandel 1951 dem Ministerpräsidenten im politischen Tagesgeschäft gleichsam den Rücken frei. Bemerkenswert ist dass der in Murrhardt gebürtige Künstler Reinhold Nägele auf Vermittlung seines Förderers, des Kunstmäzens Hugo Borst, kaufmännischer Direktor der Firma Robert Bosch, Stuttgart und des von ihm eingeschalteten Robert Bosch über Paris und London nach New York City 1939 fliehen konnte. Nägele war zur äußeren Emigration gezwungen, denn er wollte und konnte Frau und Kinder nicht durch eine Scheidung, wie dies Reinhold Maier vollzog, verraten. Schließlich sind diese Kontakte Teile des Netzwerk Nägele – Heuss . Nägele und Heuss lernten sich im Kunsthaus Schaller in Stuttgart kennen. Heuss war nach dem Studium der Nationalökonomie, Literatur, Geschichte, Philosophie, Kunstgeschichte und Staatswissenschaft in München und Berlin Chefredakteur der Neckar-Zeitung in Heilbronn und verfasste Feuilletons für die in München erscheinende Zeitschrift „Der Kunstwart“. Theodor Heuss verkehrte aber schon früh, 1912, als Landtagskandidat in den Murrhardter Kreisen und hielt sich auch als Kurgast und junger Geschäftsführer des Deutschen Werkbundes in Murrhardt, speziell im Gasthof Engel auf, dem Geburtshaus Reinhold Nägeles. Heuss Sohn, Ernst Ludwig, heiratete später Hanne Elsas, die Tochter von Fritz Elsas.



Emil Beutinger (1875-1951), Landrat und Oberbürgermeister in Heilbronn, war den Nationalsozialisten derart verhasst, dass er auch nach dem Ende des NS-Regimes noch Morddrohungen erhielt. So berichtet Maier, Beutinger hätte auch in Murrhardt nur mit einer Eskorte von sechs bewaffneten Amerikanern erscheinen können, da er habe fürchten müssen, einer „Werwolfaktion“ zum Opfer zu fallen. – Der Architekt, Mitglied im Deutschen Werkbund und Bekannter von Theodor Heuss, Emil Beutinger, wurde 1921 mit der Unterstützung von SPD und DDP zum Heilbronner Stadtoberhaupt gewählt. In der Weimarer Zeit gelang ihm eine umfassende infrastrukturelle Erneuerung der Stadt; in die erste Amtszeit Beutingers fällt auch der Beginn der Neckar-Kanalisation, in deren Zusammenhang auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise in großem Umfang Notstandsarbeiten ausgeschrieben werden konnten und durch die im Zuge der Trockenlegung von Nebenarmen des Flusses neue Flächen für die Stadtentwicklung gewonnen werden konnten.

Trotz seiner Erfolge galt Beutinger als eigenwillig und agierte bei der Kommunikation seiner politischen Ziele nicht immer glücklich. Dies bot den Nationalsozialisten Angriffsflächen. Am 16. März 1933 inszenierten die Heilbronner Nationalsozialisten ihre „Machtergreifung“. Im Rahmen einer Gemeinderatssitzung, an der Beutinger in Folge einer schwereren Erkrankung nicht teilnehmen konnte, wurde der Nationalsozialist Heinrich Gültig (1898-1963) als sein Stellvertreter eingesetzt – Gemeinderäte der politischen Linken waren bereits gehindert worden, an der entsprechenden Sitzung teilzunehmen. Einen Tag später wurde Gültig als Staatskommissar eingesetzt, am 24. April wurde Beutinger suspendiert. Die Suspendierung wurde dabei mit angeblichen Unterschlagungen begründet, die Beutinger als Aufsichtsratsmitglied in mehreren Eigenbetrieben der Stadt Heilbronn begangen haben sollte. Vor Gericht erwiesen sich diese Vorwürfe als nicht haltbar. Trotz des Freispruchs Beutingers am 22. Juni wurde dieser knapp einen Monat später auf der Grundlage des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ zwangsweise in den Ruhestand geschickt. Zudem plünderte die SA aus Verärgerung über den Freispruch das Anwesen Beutingers. Nur durch einen Sprung aus einem Fenster konnte Beutinger vor der marodierenden Masse entfliehen. In der Folge erlitt er einen Nervenzusammenbruch. – Zwar nahm die Staatsanwaltschaft gegen die Beteiligten des Übergriffs auf Beutingers Haus Ermittlungen auf, diese wurden jedoch auf einen Wink von NS-Gauleiter und Reichsstatthalter Wilhelm Murr (1888-1945) eingestellt. Erst 1949 sollte es zu einer Verurteilung von fünf Beteiligten kommen.

Ein weiteres Mal geriet Beutinger 1938 in den Fokus der Nationalsozialisten. Ihm wurde vorgeworfen, er habe als Architekt Arbeiten für jüdische Auftraggeber erledigt. Die Ermittlungen gegen Beutinger verliefen jedoch ergebnislos. Zwar hatte er einen Anstrich an der Heilbronner Synagoge vorgenommen. Diese Arbeiten waren jedoch von der zuständigen Behörde ausdrücklich genehmigt worden. Politisch nochmals in die Verantwortung trat der inzwischen siebzigjährige Beutinger auf Wunsch der Amerikaner 1945. Aufgrund der massiven Vorbelastung jüngerer Kräfte war Beutinger nicht nur Heilbronner Oberbürgermeister, sondern in Personalunion bis zum Oktober 1945 auch Landrat und Chef der Städtischen Polizei.



Albert Rienhardt (1877-1953), Landrat in Backnang, wurde 1921 als Kandidat der DDP zum Backnanger Stadtoberhaupt gewählt. Schon vor der Wahl Rienhardts hatten sich die politischen Verhältnisse in Backnang zugespitzt. Auf der einen Seite standen die Arbeiterparteien, unter denen die KPD ein klares Übergewicht hatte, auf der anderen Seite stand ein Bürgerblock, der von der DDP bis zur DNVP reichte und im Gemeinderat über eine knappe Mehrheit verfügte. Auch das Auftreten Rienhardts polarisierte weiter. Über Jahre hinweg stand dieser mit Oberamtsvorstand Albert Heinrich Klumpp (1875-1961) in einem persönlichen Konflikt, zugleich stritt er mit dem Innenministerium über eine Verbesserung seiner Besoldung.– Allerdings galt Rienhardt als Kommunalfachmann, dessen Erfahrungsschatz sich in einem von ihm 1932 veröffentlichten Leitfaden für Bürgermeister in Württemberg widerspiegelte. Für den Bürgermeister sprachen auch umfangreiche Investitionen in die örtliche Infrastruktur wie auch sein Engagement im kommunalen Verbandswesen. Schon in

der Weimarer Zeit driftete Rienhardt politisch stark nach rechts. 1926 gab er seine DDP-Mitgliedschaft auf, auch weigerte er sich, den 11. August, den Tag der Verkündung der Reichsverfassung, als Feiertag zu begehen. Die letzten Jahre der Weimarer Republik waren angesichts von Stimmengewinnen der örtlichen KPD zudem durch heftige Zusammenstöße zwischen dieser und dem Stadtoberhaupt geprägt. Diese scharf antikommunistische Haltung Rienhardts ermöglichte ihm, sich 1933 rasch an die neuen Verhältnisse anzupassen. Als die Nationalsozialisten im Gefolge der Märzahlen ihre lokale „Machtergreifung“ inszenierten, war der Bürgermeister zunächst nicht greifbar. Wenige Tage darauf, als mit dem „Tag von Potsdam“ die nächste Inszenierung anstand, hatte sich Rienhardt bereits dem nationalsozialistischen Sprachduktus angepasst. Überaus willig folgte er auch, als der Gemeinderat auf Antrag von NSDAP-Kreisleiter Alfred Dirr (1902-1941) in seiner Sitzung vom 23. März neun Anträge bewilligte, deren Ziel vor allem darin bestand, die örtliche Arbeiterbewegung auszuschalten. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Gemeinderates wurde im Zuge von dessen „Gleichschaltung“ im April/ Mai 1933 ein recht scharfer Schnitt gezogen. Zwei Jahre später trat nach der Verabschiedung der „Deutschen Gemeindeordnung“ an die Stelle des Gemeinderates das letztlich einflusslose „Ratsherrenkollegium“. Gleichzeitig gelang es Rienhardt seine Position zu behaupten, am 20. Juli 1933 wurde er Bürgermeister „auf Lebenszeit“, seine Kompetenzen wurden durch die Einführung des „Führerprinzips“ in den Gemeinden 1935 sogar noch gestärkt. Dabei durfte er im Amt bleiben, da er nicht nur opportunistisch war, sondern es den württembergischen Nationalsozialisten vielfach auch an ausgebildetem Personal fehlte. Daher wurde nur ein Viertel der württembergischen Gemeindeoberhäupter durch die Nationalsozialisten ausgetauscht. Dies geschah aber vor allem in städtischen Zentren, in denen vor 1933 SPD und DDP dominiert hatten, nicht jedoch in Landstädten wie Backnang, wo der Bürgermeister ohnehin einen nationalkonservativen Kurs fuhr.

Zwischen dem Backnanger NSDAP-Kreisleiters Dirr und Rienhardt bestanden zwar kaum persönliche Beziehungen: Dirr war wesentlich jünger als Rienhardt und, wenn er auch recht gemäßigt auftrat, durch und durch Nationalsozialist. Rienhardt dagegen war noch ganz im Kaiserreich sozialisiert und gab sich ganz der Illusion hin, egal unter welchem Regime, als ein über den Parteien stehender Bürgermeister, ausschließlich die Interessen Backnangs zu vertreten. Für Dirr war der Bürgermeister jedoch von Interesse, als durch dessen Verbleib Kontinuität suggeriert werden konnte. Zudem

schmückte sich die örtliche NS mit dem Kommunalfachmann Rienhardt, der während der NS Diktatur erneut als Autor einer Handreichung zur „Deutschen Gemeindeordnung“ von 1935 hervortrat. Während der NS-Diktatur konnte Rienhardt Freiräume für sich erhalten. So war seine Kompetenz gefragt, wenn u. a. „Strompreisverhandlungen mit der Kawag (*dem dortigen Energieanbieter M.K.*), einen Steuervergleich mit der Firma Adolff, Haushaltspläne (*Wollspinnerei in Backnang M.K.*), bauliche Maßnahmen zur Murrverbesserung und die Verlegung der Kläranlagen auf die Spitzwiesen“ auf der Tagesordnung standen. Gleichwohl zeigte während der 1930er Jahre die Backnanger Kommunalpolitik klar nationalsozialistisches Gepräge. Im Zweifelsfalle war der Bürgermeister örtlichen NS Funktionären bereitwillig zu Diensten, so bei der Liquidation des Vermögens der Arbeiterparteien. Genauso wurde 1935 das evangelische Lehrerseminar aufgehoben, an dessen Stelle eine „Nationalpolitische Erziehungsanstalt“ trat. Natürlich wurde seitens des NSDAP-Kreisleiters hinsichtlich der Förderung dieser Institution vom Bürgermeister „weitgehendes Entgegenkommen“ erwartet. Im Kirchenkampf stellte sich Rienhardt, auch wenn er formal Kirchengemeinderat war, nicht auf die Seite der protestantischen Pfarrer, sondern duldete trotz deren Protest, dass in der Städtischen Bibliothek das antikirchlich eingestellte Hetzblatt „Flammenzeichen“ auslag. Auch nahm es Rienhardt hin, dass protestantische Diakonissen in den örtlichen Kindergärten durch NSV-Schwestern ersetzt wurden. Nach dem Ende der NS-Diktatur stieg Rienhardt zum kommissarischen Landrat auf, allerdings war seine Karriere nicht einmal zwei Wochen nach der Murrhardter Tagung beendet. In der Zwischenzeit hatten die Amerikaner Kenntnis über Rienhardts NSDAP-Beitritt im Jahr 1937 erhalten. Wenn auch dies Rienhardt sein Amt kostete und er zeitweilig ins Internierungslager überstellt wurde, so hat es seinem Ansehen langfristig nicht geschadet: 1949 veröffentlichte er abermals einen Leitfaden zur Kommunalordnung Württemberg-Badens und 1952 wurde Rienhardt zum Ehrenbürger Backnangs ernannt.

Dr. Gottlob Fritz Eppinger (1882-1951), Landrat in Öhringen, war ebenfalls Jurist, Mitglied der DVP und Stadtrat in Heilbronn. Er ließ sich 1910 als Rechtsanwalt in HN nieder. Am 7. April 1933 übernahm Eppinger den Vorsitz des Anwaltsvereins Heilbronn. Als Verteidiger und Freund von Emil Beutinger, lehnte er sich im NS-Staat weit hervor und bekam ebenfalls Schwierigkeiten mit dem System. Nach 1945 machte er noch eine steile Karriere als Jurist und Richter am Staatsgerichtshof Baden-Württemberg.

Eduard Hirsch (1896-1989), Landrat in Schwäbisch Hall, begann seine Karriere in der Kommunalverwaltung in Schwäbisch Hall. 1920 bis 1934 arbeitete er beim württembergischen Innenministerium in Stuttgart, wo er elf Jahre der Polizeiabteilung angehörte und zum Oberrechnungsrat aufstieg. Seine Kontakte zu Paul Hahn und Hugo Bühler (beide Bosch-Widerstand) sind bekannt. Parallel war er von 1920 bis 1924 Gasthörer in den Fächern Finanzwissenschaft und Volkswirtschaft an der Technischen Hochschule Stuttgart. Ab 1934 war er **Abteilungsleiter bei der Württembergischen Prüfungsanstalt für Körperschaften**. Während des Zweiten Weltkriegs war er als Verwaltungschef der Polizei in Krakau tätig. 1945 kam er wieder zurück nach Württemberg, ab Februar Abteilungsleiter im Landwirtschaftsamt Schwäbisch Hall und von April bis August 1945 Amtsverweser (des Landratspostens) im Landkreis Schwäbisch Hall. Von August 1945 bis November 1947 befand er sich in politischer US-Haft, wurde aber rehabilitiert.



Anton Schmidt (1882-1946), Landrat in Waiblingen, war eher ein politischer Seiteneinsteiger. Schmidt war Gewerkschaftssekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) in Waiblingen. Im Mai 1933 - während er im Konzentrationslager Heuberg inhaftiert wurde, ist er im Zuge der Gleichschaltung der Gewerkschaften durch die NS-Behörden entlassen worden. 1904 - 1919 Eisendreher, 1920 - 1933 Gewerkschaftssekretär und 1933 - 1945 selbständiger Kaufmann, bis er 1945 zum Landrat in Waiblingen ernannt, am 17. Juni 1946 auch dazu gewählt wurde.

Gottlieb Kopp (1895-1970), Oberregierungsrat, Präsident der Handwerkskammer Stuttgart a.D., Mitarbeiter des Landrats in Waiblingen,

Karl Eberhardt (1884-1980), Landrat in Nürtingen. Der Sohn eines Bankkontrolleurs studierte unter anderem an der Universität Tübingen Jura. Er wurde als Student Mitglied des Tübinger und Leipziger Wingolf. 1904 legte er die erste und 1910 die zweite Staatsprüfung für den höheren Justizdienst ab. Im Juli 1910 trat er in die württembergische Innenverwaltung ein und arbeitete bis 1919 an verschiedenen

Stellen. 1919 erfolgte die planmäßige Anstellung als Assessor. 1921 wurde er Regierungsrat und 1926 Oberregierungsrat. Nebenamtlich wurde er zeitweise als Staatskommissar beim Württembergischen Sparkassen- und Giroverband eingesetzt. Von 1928 bis 1932 war er mit der Leitung des Oberamts Heidenheim betraut. Anschließend erfolgte die Beförderung zum **Ministerialrat** und die Versetzung zurück zum **Innenministerium**, wo er als Hauptberichterstatter bei verschiedenen Abteilungen tätig war. Ende April 1945 wurde er als kommissarischer Landrat nach Nürtingen entsandt, jedoch im Februar 1946 von der US-Militärregierung abgesetzt und entlassen. Nachdem er nie Mitglied der NSDAP gewesen war, konnte er im Mai 1946 die Amtsgeschäfte wieder aufnehmen. Im August 1946 übernahm Karl Eberhardt als Ministerialrat die Leitung der Hauptverwaltung im Landwirtschaftsministerium Württemberg-Baden. 1949 erfolgte die Beförderung zum Ministerialdirektor, am 30. Juni 1950 ging er in den Ruhestand.



Konrad Burkhardt (1894-1978), Landrat in Schwäbisch Gmünd. In den Jahren von 1908 bis 1911 absolvierte er eine technisch-kaufmännische Lehre bei der Fa. Ott in Schwäbisch Gmünd und war dort von 1911-1914 als Industriekaufmann tätig. Von 1914 bis 1918 war er als Soldat in einer Nachrichtenabteilung in Rußland und Italien. Ab 1919 arbeitete K. Burkhardt als Betriebsleiter, ab 1922 als Prokurist bei der Firma Ott. Nach einem Aufenthalt in Schweden von 1926 bis 1928 als Disponent der Fa. Bolin in Stockholm kehrte Burkhardt als Betriebsleiter zur Firma Gebr. Deyhle nach Schwäbisch Gmünd zurück. Von der amerikanischen Militärregierung wurde Konrad Burkhardt am 27.04.1945 zum kommissarischen Landrat des Landkreises Schwäbisch Gmünd ernannt und 1946 durch Wahl bestätigt. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der CDU in Schwäbisch Gmünd. 1954 folgte die Wiederwahl als Landrat.



Erich Krauß (1893-1977) Landrat in Göppingen. Studium der Sozialpolitik und Volkswirtschaft. Volksschullehrer, 1922 Anstellung im Oberamt Göppingen, baute in den 1920er Jahren neben dem **Jugendamt ein Amt für Ernährung und Wirtschaft** auf, dessen Leiter er war. Sein soziales Engagement und Kontakte zur Arbeiterbewegung und Gewerkschaft führte 1944 zu seiner Verhaftung durch die Gestapo, wegen antinazistischer Aktivitäten, aus der er aber wieder schnell entlassen wurde. Am 14.Mai 1945 wurde Krauß von den Amerikanern als kommissarischer Landrat eingesetzt. Schnell bewährte er sich bei der Organisation der Kriegsflüchtlinge. Krauß wurde Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium von Württemberg-Baden.



Immanuel Hohlbauch (1879–1953), Stadtrat in Göppingen. Gelernter Zimmermann Architekt, engagiert in der Turnerbewegung. Schon zu seiner Studienzeit war er engagierter Anhänger der Liberalen, zu seinen Freunden zählten unter anderem Rheinhold Maier und insbesondere Theodor Heuss. Heuss war desöfteren bei Hohlbauch zu Gast. Als Heuss unter den Nazis schon fast nichts mehr veröffentlichen

konnte, unterstützte ihn Hohlbauch soweit es sein Mittel zuließen. Hohlbauch machte zwischen 1933 und 1945 ebenfalls eine schwere Zeit durch. Da er ein besonders überzeugter Nazigegner war, war er laufend Schikanen ausgesetzt. Der Höhepunkt war 1938 erreicht, als er von der Hitlerjugend mit einem Schild um den Hals, als „Judenfreund“, öffentlich durch die Stadt geführt wurde. In einer Gaststätte hatte Hohlbauch eine Rede des Reichjugendführers kritisiert und war denunziert worden. Mit sehr viel Glück entging der aufrechte Demokrat dem KZ. Hohlbauch war 1925-1930 Vorsitzender der DDP in Göppingen. 1945 wurde er von den Amerikanern in den sog. Siebenerkreis berufen, ein demokratisches Gremium, das die Arbeit des OB unterstützte. Ab 1946 war als FDP-Mann, Mitglied des Gemeinderats und des Kreisrates in Göppingen.



Carl-Hermann Gaiser (1889-1969), Stadtrat in Göppingen, Kaufmann, engagiert in diversen berufsständischen Verbänden, so der IHK. Hotelier und Gastronom. Gaiser war stark in der Turnerschaft und dem Schwimmsport engagiert. 1919 wurde er Vorsitzender des Göppinger Schwimmvereins. 1923-1933 Mitglied und Vorsitzender der DVP im Gemeinderat Göppingen. Gaiser war persönlich mit Theodor Heuss und Rheinhold Maier befreundet. 1933 wurde er von den Nazis aus den Ämtern verdrängt. 1945 Mitglied des sog Siebenerkreises, siehe Hohlbauch. Später in diversen Gremien und im Landtag tätig. Hermann Gaiser hinterließ seiner Heimatstadt eine bedeutende Stiftung zur Förderung der Altenhilfe und des Schwimmsports.



Ernst Reichle (1879-1948), Oberbürgermeister in Geislingen, 1920 – 1924 Mitglied im Landtag des freien Volksstaates Württemberg (SPD, Wahlkreis 12 Göppingen-Geislingen), gelernter Mechaniker und Gewerkschaftssekretär. Die NS-Behörden wollen Reichle am 28. März 1933 in Schutzhaft nehmen. Reichle kann sich jedoch der Verhaftung entziehen, indem er in die Schweiz flieht. Reichle ist **Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV)** in Geislingen. Am 2. Mai 1933 wird er im Zuge der Auflösung der Gewerkschaften durch die NS-Behörden entlassen. Reichle kehrt am 13. Mai 1933 aus dem Exil in der Schweiz nach Deutschland zurück. Am 16. Mai 1933 wird er in Geislingen verhaftet. Am 30. Mai 1933 verurteilt ihn das Amtsgericht Geislingen wegen Passvergehens und des illegalen Besitzes von Schusswaffen zu 13 Monaten Haft. Inhaftiert wird Reichle zunächst im Konzentrationslager Heuberg sowie im Garnisons-Arresthaus in Ulm. Dort unterschreibt Reichle am 22. Oktober 1933 mit sieben anderen sozialdemokratischen Gefangenen eine Loyalitätserklärung an den württembergischen Reichsstatthalter Wilhelm Murr. Die Loyalitätserklärung erscheint am 11. November 1933 im Staatsanzeiger für Württemberg (»Vorbehaltlos auf der Seite des Vaterlandes«) und am 13. November 1933 im Ulmer Tagblatt (»Treuebekenntnis einstiger Sozialdemokraten«). Reichle verbringt den Rest seiner Haftstrafe in Vaihingen an der Enz, im Gerichtsgefängnis Esslingen und in Rottenburg. Am 8. September 1934 wird er aus der Haft entlassen. Reichle wird am 22. August 1944 im Rahmen der »Aktion Gewitter« verhaftet. Aufgrund seines schlechten Gesundheitszustands wird er jedoch für haftunfähig befunden und wieder entlassen. 1945 von den Amerikanern als Oberbürgermeister in Geislingen eingesetzt.

Dr. Heinz Hohner (1907-1967), Landrat in Künzelsau. Hohner wurde als Sohn eines Oberstaatsanwaltes geboren, studierte Rechtswissenschaft in München, Kiel, Berlin, Freiburg und Würzburg, wo er auch promoviert wurde, und leistete sein Referendariat unter anderem in der Augsburger Stadtverwaltung ab. Während seines Studiums wurde er Mitglied des AGV München. Der Akademische Gesangverein (AGV) München ist eine musische, nicht farbetragende, aber farbenführende (rosa-weiß), nichtschlagende Studentenverbindung. Hohner war Kommilitone von Albrecht Haas der vor 1933 der DVP angehörte. Haas war Mitbegründer der FDP in Franken und Bayern. Die AGV München kann als vergleichbar elitäre, Studentenverbindung wie die Akademische Gesellschaft Stuttgardia in Tübingen, angesehen werden. In den

Jahren 1932 und 1933 war Hohner Assessor bei der **Reichspostdirektion** in Augsburg und 1935 wurde er juristischer Sachbearbeiter eines **Stuttgarter Versicherungsunternehmens**, das in der Allianz Versicherung München aufging. In dieser Funktion bekam Hohner intensiven Kontakt zum württembergischen **Wirtschaftsministerium**. Im Jahr 1945 ernannte man ihn kommissarisch zum Landrat des Landkreises Künzelsau, Württemberg. In dieser Funktion gehörte er 1946 auch der Vorläufigen Volksvertretung im Land Württemberg-Baden an. Hohner wurde am 1. August 1946 zum Bürgermeister von Augsburg gewählt, trat aber bereits im Oktober 1947 von dem Amt zurück. In den Jahren 1947 und 1948 war er Präsident der Oberpostdirektion in München.

Dr. Hellmuth Jaeger (1904–1971), Landrat in Ludwigsburg. Vater: Landwirt und Bürovorstand des Märkischen Dampfkesselüberwachungsvereins. Realgymnasium Frankfurt/Oder; 1922-1926 Studium der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie in Berlin und Tübingen; 1928 Promotion zum Dr. Jur. in Tübingen; 1930 Assessorenprüfung. September bis Oktober 1930 Richter am Amtsgericht Pankow; November bis Dezember 1930 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Industrie- und Handelskammer Berlin; 1931-1940 Rechtsanwalt in Berlin und Geschäftsführer der Gräfl. Frankenbergschen Verwaltungs GmbH, bis 1933 auch Lehrer für Arbeitsrichter bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Bis 1933 **Mitglied des Reichsvorstandes der Deutschen Staatspartei**, zuvor Vorsitzender der Demokratischen Jugend Deutschlands und des Reichsbundes Demokratischer Studenten. 1940-1945 Dienst in der Wehrmacht als Intendanturrat; 1. 6. 1945 bis 1947 Landrat in Ludwigsburg (am 16. 8. 1947 mit Einleitung eines später wieder eingestellten Dienststrafverfahrens vom Amt enthoben); 22. 12. 1947 bis 15. 11. 1948 Leiter des Referats Schulung und Dienstaufsicht in der Abteilung Internierungslager des Ministeriums für politische Befreiung in Stuttgart, auch öffentlicher Kläger im Berufungsverfahren gegen Hjalmar Schacht; seit 1948 Rechtsanwalt. 1946 Mitglied der Vorläufigen Volksvertretung Württemberg-Baden.

Paul Eugen Kleih (1883-1955), Landrat Mergentheim. Kleih wurde als Sohn eines Rotgerbermeisters geboren. Er besuchte von 1890 bis 1897 die Realschule in Urach. 1905 legte er die Verwaltungsdienstprüfung für den gehobenen mittleren Dienst ab und trat im gleichen Jahr als Assistent in den Dienst der Stadt Heilbronn. Von 1908 an war er Buchhalter bei der Oberamtssparkasse Heilbronn. Sein Weg führte ihn 1910 als Verwaltungspraktikant am Oberamt Urach wieder in seine Heimat. 1914 kam er an das Oberamt Mergentheim, das bis zu seinem Ruhestand seine berufliche Wirkungsstätte blieb. Er fand dort zunächst als Sekretär Verwendung, wurde 1920 zum Obersekretär auf gehobener Stelle, später zum Regierungsrat und 1930 zum **Regierungsinspektor** befördert. Nach Besetzung der Stadt gegen Ende des Zweiten Weltkriegs wurde er von der amerikanischen Militärregierung Anfang April bis 13. Juni 1945 als kommissarischer Landrat des Landkreises Mergentheim eingesetzt. Danach war er als Regierungsoberinspektor tätig. Zum 1. November 1946 übernahm er das Amt des stellvertretenden Landrates, zum 1. April 1947 zusätzlich das des

Amtsverwesers. 1948 wurde Kleih ein zweites Mal Landrat und blieb bis zu seinem Ruhestand 1952 im Amt.



Alfred Mitchell Bingham (1905 -1998) Hauptmann/Major US-Army, wurde als dritter Sohn von Hiram Bingham III und Alfreda Mitchell Bingham geboren. Neben Fürst Gottfried von Hohenlohe-Langenburg war er wohl ein ganz schillernder Teilnehmer der Murrhardter Landrätekonferenz 1945. Bingham war einer von sieben Söhnen des ehemaligen Gouverneurs von Connecticut und des US-Senators Hiram Bingham III und seiner ersten Frau Alfreda Mitchell, der Erbin des Vermögens von Tiffany und Co. durch ihren Großvater mütterlicherseits, Charles L. Tiffany. Sein Vater war auch der erste Amerikaner, der die Inka-Ruinen von Machu Picchu erkundete. Sein Urgroßvater Hiram Bingham I und sein Großvater Hiram Bingham II gehörten zu den ersten protestantischen Missionaren im Königreich Hawaii.

Alfred M .Bingham absolvierte 1927 das Yale College und 1930 die Yale Law School. Nach seinem Jurastudium unternahm er eine zweijährige Weltreise, besuchte mehrere Länder und interviewte viele internationale Persönlichkeiten für amerikanische Zeitungen. Nach seiner Rückkehr begann er mit Selden Rodman die progressive Zeitschrift Common Sense, deren Herausgeber sie waren, bis sie 1945 den Verkehr einstellte. In den 1930er Jahren war Bingham an einer Reihe politisch fortschrittlicher Organisationen und Bewegungen beteiligt, einschließlich der Liga für unabhängiges politisches Handeln. Im Jahr 1940 wurde Alfred Bingham auf Dauer von zwei Jahren in den Senat von Connecticut gewählt. Von 1944 bis 1946 diente Bingham als Hauptmann in der US-Armee in Deutschland. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ließ er sich im Südosten von Connecticut nieder, wo er wieder als Rechtsanwalt tätig war, er engagierte sich in vielen lokalen, staatlichen und nationalen Organisationen, die sich in verschiedenen Bereichen für soziale Reformen einsetzten. Bingham ist Autor zahlreicher Artikel und Bücher zu Themen wie Politik, Wirtschaft, Demokratie in Deutschland und der Sowjetunion, sowie zur Familie Bingham in Connecticut.

Sein älterer Bruder war Harry Bingham, ein wichtiger US-Diplomat während des Zweiten Weltkriegs. Harry Bingham besuchte die Groton School und machte 1925 seinen Abschluss an der Yale University. 1939 wurde Bingham zum US-Konsulat in nach Marseille versetzt, wo er für die Erteilung von Einreisevisa in die USA verantwortlich war.

Am 10. Mai 1940 fielen Adolf Hitlers Streitkräfte in Frankreich ein und die französische Regierung fiel. Die Franzosen unterzeichneten einen Waffenstillstand mit Deutschland und zwangen den größten Teil der ausländischen Flüchtlingsbevölkerung Frankreichs, in Internierungslager zu ziehen. Viele tausend Flüchtlinge gingen nach Marseille, um Visa für die USA und andere ausländische Ziele zu beantragen.

In dem Bestreben, die Einwanderung in die Vereinigten Staaten einzuschränken und gute Beziehungen zur Vichy-Regierung aufrechtzuerhalten, hielt das US-Außenministerium Diplomaten aktiv davon ab, Flüchtlingen zu helfen. In Marseille wie auch anderswo zeigten ausländische Servicemitarbeiter normalerweise wenig Flexibilität oder Mitgefühl gegenüber den verzweifelten Flüchtlingen. Amerikanische Rettungskräfte bemerkten jedoch bald, dass "Harry" Bingham eine Ausnahme war. Bingham bereiste persönlich einige der elenden Internierungslager und suchte amerikanische Hilfe, um die Bedingungen zu verbessern. Er half vielen Flüchtlingen, Internierungen zu vermeiden und sich auf die Auswanderung vorzubereiten, und stellte frei Nansen-Pässe aus, eine nützliche Identitätsform für Staatenlose. Eine amerikanische Flüchtlingshelferin, Martha Sharp, organisierte Ende 1940 eine Gruppe von Kindern, um Südfrankreich in die USA zu verlassen. Sie sagte über Bingham: "Ich bin stolz darauf, dass unsere Regierung in ihren Auswärtigen Diensten von einem Mann von ihrer Qualität vertreten wird ", schrieb sie. "Ich bin so tief davon überzeugt, dass ich die früheste Gelegenheit nutzen werde, um dies über das Unitarian Service Committee an das US-Außenministerium weiterzuleiten, denn ich glaube, dass ein solch humaner und kooperativer Umgang mit Einzelpersonen das ist, was wir am dringendsten brauchen, gepaart mit Intelligenz und guter Disziplin." Bingham arbeitete auch eng mit Varian Fry zusammen, dem effektivsten Flüchtlingshelfer, der in den ersten Kriegsjahren in Vichy, Frankreich, stationiert war. Bingham arbeitete mit Fry an bemerkenswerten Fällen, darunter der Auswanderung von Marc Chagall, der politischen Theoretikerin Hannah Arendt, dem Schriftsteller Lion Feuchtwanger und vielen anderen angesehenen Flüchtlingen. Im Fall von Feuchtwanger ging Bingham so weit, den Schriftsteller aus einem Internierungslager herauszuholen, und schützte ihn in seinem eigenen Haus, während Pläne gemacht wurden, seine Flucht über die Pyrenäen nach Spanien vorzubereiten.



Foto Murrhardt Sonne-Post 1955 Wittwer, Maier, Keil